

„Fonds Spezial“ ab Seite 21

Börsen-Kurier

Nr. 49
5. Dezember 2013

ÖSTERREICHS WOCHENZEITUNG FÜR FINANZ UND WIRTSCHAFT, SEIT 1922

€ 2,70
www.boersen-kurier.at

Pensions-Groteske

Unterbergers Wochenschau. S. 2

Regional Funding

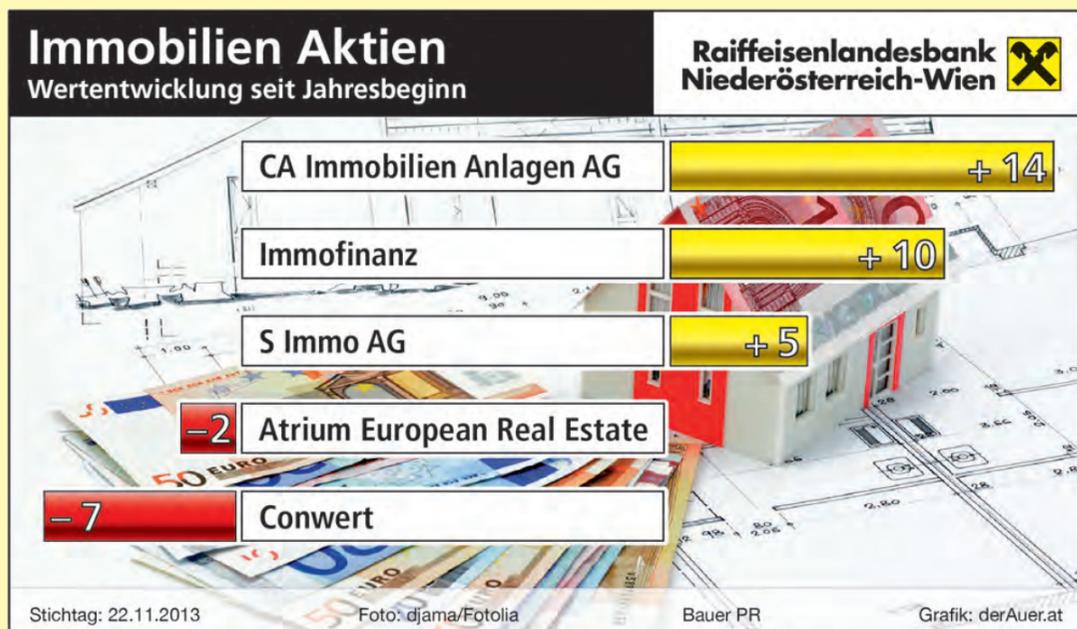
prominente internationale Unterstützung. S. 3

Nachhaltiger Investor

UIAG-Chef Rudolf Knünz im Gespräch. S. 11

Wo trotz des Aktienbooms noch Value Investments zu finden sind

Günstige Aktien mit Aufholpotenzial



Die Aktienmärkte sind historisch betrachtet nicht mehr günstig bewertet. Dennoch gibt es noch vereinzelte Value-Aktien mit reichlich Aufholpotenzial.

Value-Aktien sind Werte, die unter dem Aspekt ihrer Ertragskraft unter ihrem Fair Value notieren. Sie sind in der Regel in den im Folgenden genannten Aktien-Clustern zu finden.

Qualitätsaktien aus niedergeprägelter Branchen

Gerät eine Branche unter Druck, dann beeinträchtigt dies in der Regel auch die Kursentwicklung der fundamental solidesten Werte. Nimmt man die Dow-Jones-Branchen-Indizes, so verloren Minentitel in den vergangenen zwölf Monaten 35,3 % an Wert, während in Europa Versorgertitel stark niedergeprägt wurden.

Angesichts positiver Gewinnüberschüssen und Aufwärtsrevisionen der Gewinnprognosen erscheint der unter Buchwert notierende brasilianische Minenkonzern Vale (KGV 2014e: 7,6) lukrativ, während bei den Energieversorgern ein Blick auf die französische Electricité De France (E.D.F.) geworfen werden sollte (für 2014 geschätztes Kurs/Cash-Flow Verhältnis von 3,9!, erw. Dividendenrendite von 4,5 %).

Als „unspektakulär“ übersehene Aktien

Die meisten Value-Perlen, die erfolgreiche Investoren ausfindig machen, fallen in diese Kategorie. Viele dieser Unternehmen haben einen langweiligen Beigeschmack und werden als „graue Mäuse“ von der Masse der Anleger übersehen. Im aktuellen Umfeld sollte man nach lukrativen Segmenten der Software-Branche und des Industriebereichs, aber auch nach den wenigen noch günstig bewerteten Titeln in den Bereichen Konsumgüter und Nahrungsmittel Ausschau halten.

Mit für 2014 und 2015 im Branchenvergleich niedrigen erwarteten KGVs von 14,7 bzw. 13,8 und einer Dividendenrendite von 3,1 % verfügt beispielsweise der Getränkehersteller Dr Pepper Snapple Group über Aufholpotenzial. Mit Batterien, innovativen Taschenlampen und Rasier-

produkten u.a. auch der Marke „Wilkinson Sword“, einem Kurs/Cash-Flow-Verhältnis von 9,2 und einem für 2014/15 geschätzten KGV von 13,7 solide aufgestellt ist die Energier Holding, zumal in den vergangenen vier Quartalen auch positive Gewinnüberraschungen auftraten. Extrem unterschätzt wird auch der Landmaschinenhersteller Deere & Company, dessen für 2013/14 geschätztes KGV nur noch bei 10,1 liegt.

Bei einer Marktkapitalisierung von 161 Mrd USD verfügt der Software-Spezialist Oracle über Cashreserven von 39 Mrd USD; angesichts eines Gewinnwachstums von 20 % p.a. in den vergangenen vier Geschäftsjahren ist der Konzern mit einem für 2014/15 geschätzten KGV von 11,7 unterbewertet.

Als Profiteur zu erwartender Einsparungen im Gesundheitssystem könnte der führende Generika-Hersteller Teva Pharmaceutical Industries gelten, der mit einem für 2014 geschätzten KGV von 8,2 noch über viel Aufholpotenzial verfügt, während die auf Laboruntersuchungen und Diagnostik-Verfahren spezialisierte Laboratory Corp. of America ein solides Kurs/Cash-Flow-Verhältnis von 10,8 aufweist.

Erfolgreiche Turnaround-Firmen

In diese Kategorie fallen Hewlett Packard (HP) und die auf Altenpflege spezialisierte Marseille Kliniken AG. Letztere betreibt in Deutschland 57 stationäre Pflegeeinrichtungen sowie vier Anlagen für Betreutes Wohnen; nach dem Turn around im Jahr 2010/11 sollte sie in den kommenden Jahren entsprechend wachsen und erscheint mit einem für 2013/14 geschätzten KGV von 8,3 preiswert. Noch mehr Potenzial steckt in HP, die mit dem Aufbau zukunfts-trächtiger Bereiche wie 3D-Drucker, Tablets und Cloud-Computing neue Wachstumsimpulse bekommen könnte, weshalb ein für 2013/14 geschätztes KGV von 7,5 extrem günstig ist. Michael Kordovsky

IV-Präsident Kapsch: „Wie können wir unser Land wieder beleben?“ Staatsschulden müssen hinunter

Mit Vehemenz macht nun die Industriellenvereinigung (IV), mit ihrem Präsidenten Georg Kapsch Druck auf die Politik. Diese soll „heute definieren, wann was passiert.“ Vor Steuererhöhungen warnt die IV zum wiederholten Male eindringlich.

Dass **Georg Kapsch** ungeduldig geworden ist, konnte man ihm am Montag im Rahmen einer Pressekonferenz anmerken. Gemeinsam mit Generalsekretär **Christoph Neumayer** legte er das Forderungspaket der IV an die hohe Politik vor den Medienvertretern auf den Tisch. Die Forderungen sind klar formuliert, sie müssten von der nächsten Regierung rasch aufgenommen werden, so die IV. Die Dringlichkeit ist gegeben, damit die Zukunft des Industrie- und Arbeitsstandortes Österreich gesichert und heimische Arbeitsplätze erhalten bleiben, ist man in der IV felsenfest überzeugt.

Als CEO der börsennotierten Kapsch TrafficCom kennt der Präsident die Wünsche der Arbeitgeber und auch der Arbeitnehmer im Detail. Er weiß auch, dass massive

Strukturreformen unumgänglich geworden sind und nicht mehr länger vor sich hergeschoben werden dürfen. Für die IV ist es bereits fünf Minuten nach Zwölf. Insbesondere die Staatsschulden sind ihr ein Dorn im Auge. Deshalb plädiert Kapsch für einen konsequenten Budgetkurs, der durch massive strukturelle Veränderungen ab 2016 keine neuen Schulden mehr zulässt.

Ein höchst dringliches Anliegen ist dem Präsidenten die Reform des Pensionssystems, das Generationengerechtigkeit schaffen soll; und zwar vom leistungs- zum beitragsorientierten System. Streng verfolgt er die Anhebung des faktischen Pensionsantrittsalters, das rasch steigen müsse und kein Bonus-Malus-Quotenmodell mehr sein darf. Eine Forderung an die Politik ist die Senkung der Abgabenbelastung auf

Arbeit und Arbeitszusatzkosten. „Das würde mehr Geld für die Menschen bedeuten. Es liegt nicht an den Unternehmen: Nur 40 Cent von jedem Euro Lohnerhöhung kommen bei einer Arbeitnehmerin und einem Arbeitnehmer an, den Rest kassiert der Staat.“

Der IV-Präsident ist überzeugt, dass neue Steuern im Hochsteuerland Österreich Wachstum und Arbeitsplätze kosten werden. „Neue oder höhere Steuern können unsere strukturellen Defizite nicht nachhaltig kompensieren“, ist er überzeugt. Weitere Forderungen betreffen die Reform des Bildungssystems, die Modernisierung der staatlichen Strukturen in Bund und Ländern, die Entlastung der überbordenden Bürokratie und die Einführung moderner Arbeitszeitmodelle. Lea Schweinegger

Ihr Spezialist für Rohstoffinvestments

ETF Securities
Committed to commodities.
etfsecurities.com

Der Wert Ihrer Anlagen kann sowohl steigen als auch fallen, und Sie erhalten den investierten Betrag möglicherweise nicht oder nicht in voller Höhe zurück. Diese Finanzwerbung wurde für die Zwecke des § 21 des Financial Services and Markets Act 2000 von ETF Securities (UK) Limited erstellt und genehmigt, die von der britischen Finanzaufsicht (Financial Conduct Authority) zugelassen ist und unter deren Aufsicht steht (538634).

Für jede Marktsituation perfekt aufgestellt: der GARS

Mehr unter www.standardlife.at

GARS als Film

Standard Life
The Way Forward

WEGWEISER

Chartreading	S. 6
Experten	S. 14
Finance & Ethics	S. 25
Commodities	S. 26

FinanzMedienVerlag Ges.m.b.H.
Redaktionsadresse:
A-1020 Wien, Lessinggasse 21
Tel. (01) 213 22 *811,
e-mail: redaktion@boersen-kurier.at
Erscheinungsort Wien
PTA-Zulassungsnr. 02z032189W
Verlagspostamt 1020, P.b.b.

9 004393 000020 49



EDITORIAL

MARIUS PERGER, HERAUSGEBER
Kalte Enteignung

Es war nur eine Randbemerkung in einem Interview, das der Ökonom Stephan Schulmeister einer österreichischen Tageszeitung gab: Ohne staatliche Förderungen könne man seiner Meinung nach die Krise nicht überwinden, sagte er da. Und: „Dafür bräuchte es zusätzliche Beiträge der Vermögenden. Also: Eine Solidarabgabe auf Wertpapierdepots ...“
In dieser Idee steckt eine Menge Sprengstoff. Das anscheinend immer noch grenzenlose Vertrauen in den Staat als Krisenfeuerwehr, der Glaube an Förderung als Allheilmittel und der Griff in die Tasche der Vermögenden - all das darf bei Schulmeister nicht überraschen. Doch mit der Idee einer Abgabe auf Wertpapierdepots geht er einen Schritt weiter, einen Schritt zuviel.
Wertpapiere - das sind ja nicht nur Aktien, sondern auch Investmentfondsanteile, wie

sie gerade vom sprichwörtlichen „kleinen Mann“ gekauft werden. Oder auch Staatsanleihen, ohne die die Republik nicht mehr leben könnte. Erträge und Zinsen auf diese Wertpapiere sind häufig sehr bescheiden, derzeit decken sie oft nicht einmal die Inflation ab. Alternativen tun sich für den privaten Anleger schon gar keine auf: Sparbücher sind langfristig bekanntlich der sicherste Weg zum Totalverlust.
Und jetzt auch noch eine Solidarabgabe? Die natürlich nicht nur die großen Vermögen treffen dürfte - da kommt einfach zu wenig heraus für den Staat. Nur wenn man die Kleinen schröpft, zahlt es sich aus.
Offenbar sind Wertpapierbesitzer hierzulande so etwas wie Freiwild geworden. Sparen, Vorsorgen, Vermögensaufbau scheinen nur einen niedrigen Stellenwert zu haben.



UNTERBERGERS WOCHENSCHAU

DR. ANDREAS UNTERBERGER

Die Koalitionsgroteske Pension

Das, worauf sich SPÖ und ÖVP zum Thema Pensionen geeinigt haben, ist ein schlechter Scherz. Der angebliche Erfolg bedeutet in Wahrheit eine gefährliche Stagnation.
Die Pensions-Gruppe hat beschlossen, dass das reale Pensionsantrittsalter von 58,4 auf 60 Jahre steigen soll. Freilich erst im Jahr 2018. Der Jubel, mit dem sich die Unterhändler darob umgeben, übersieht - bewusst - alle Fakten:
• Selbst wenn diese Antrittsalter-Steigerung eintreten sollte (was total ungewiss ist), entspricht das nur der bis dahin erwartbaren Steigerung der Lebenserwartung. Das heißt, es wird überhaupt nichts getan, um jene weit mehr als zehn Jahre zu kompensieren, um welche die Lebenserwartung schon länger geworden ist, ohne dass es irgendeine entsprechende Reaktion des Pensionsrechts gegeben hätte.

Im Gegenteil: Das reale Antrittsalter ist seit 1970 um zwei Jahre gesunken. Und die Zahl der Kinder schon um die Hälfte.
• Als einzige Konsequenz verkündet die Koalition nun ein „Pensionsmonitoring“, das halbjährlich die Entwicklung des Antrittsalters verfolgen soll. Das ist eine Provokation: Denn hoffentlich hat das Sozialministerium dieses schon bisher genau verfolgt. Und zwar monatlich. Sonst wäre dort kein einziger Beamter seinen Gehalt wert.
• Als eventuelle Konsequenz ist lediglich diffus von „Anreizen“ die Rede, länger zu arbeiten, wenn das Monitoring negativ ausfällt. Völlig unklar bleibt, warum nicht schon jetzt „Anreize“ gesetzt werden. Und ob diese es dann endlich einmal vorteilhaft machen, länger zu arbeiten.
• Ein besonderer Tiefpunkt:

Das Koalitionspapier will jene Firmen bestrafen, die zu wenig Ältere beschäftigen. Eine Strafe für die Gewerkschaften ist jedoch nicht vorgesehen, obwohl diese hauptschuld daran sind, dass fast alle Kollektivverträge ältere Arbeitnehmer deutlich teurer machen. Und zwar unabhängig von der Leistung! Jetzt werden also die Betriebe für diesen kollektivvertraglichen Unsinn noch bestraft.
• Wenn man das Frauenantrittsalter beschleunigt anheben wollte - was alle internationalen wie nationalen Experten dringend verlangen -, dann müsste man wegen des langen verfassungsrechtlichen Vorlaufs jetzt schon Maßnahmen ergreifen. Von denen aber finden sich keinerlei Andeutungen.
Die Pensionsgroteske fällt zusammen mit der von einer Arbeitsgruppe geplanten Ver-

schlechterung des Schulsystems durch eine zweijährige Zwangsgesamtschule für alle Zehn- bis Zwölfjährigen zur „Orientierung“ (statt zum Lernen). Sie fällt zusammen mit der Fortsetzung des arbeitsplatzvernichtenden Kampfes gegen die heimischen Banken. Sie fällt zusammen mit familienfeindlichen Maßnahmen (Viel mehr Geld für überflüssige Hortplätze, während die schon um 37 % geschrumpfte Familienbeihilfe weiter eingefroren bleibt). Sie fällt zusammen mit dem Ausbleiben jeder Strukturreform.
Nicht nur Rot und Schwarz steuern so der Selbsterstörung entgegen. Sie treffen auch nachhaltig den Wirtschaftsstandort.
Andreas Unterberger war Chefredakteur der „Presse“ und schreibt unter andreas-unterberger.at auch Österreichs meistgelesenen Blog.

DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE

WIRTSCHAFT

Stimmung besser als Lage?
Von den zahlreichen Konjunkturdaten (Arbeitsmarktdaten für November am Freitag, davor am Mittwoch Fed-Kommentar zur Lage der Nation u.a.) erhoffen sich die Investoren in dieser Woche Aufschluss darüber, wann die US-Notenbank beginnen wird, erste Bremsmanöver ihrer ultraexpansiven Geldpolitik einzuleiten. Ein Dämpfer ist damit zwar möglich, zunächst dürfte die Aktienrallye aber weitergehen, meinen die Kollegen von „ard.de“ in einer Analyse. Zumal der Aufschwung in den USA einfach nicht so richtig in

die Gänge kommen will, obwohl die Stimmungsindikatoren eigentlich eine andere Sprache sprechen. „Die Stimmung der US-Unternehmen ist seit mehreren Monaten bedeutend besser als die tatsächliche wirtschaftliche Aktivität“, wird die Dekabank zitiert. Ein Beleg dafür könnte auch das verhalten gestartete Weihnachtsgeschäft nach dem Thanksgiving-Feiertag sein.

AKTIEN

Empfehlungen
Die Zürcher Kantonalbank Österreich zeigt sich trotz der zuletzt gesehenen Höchststände bei Dow und NASDAQ

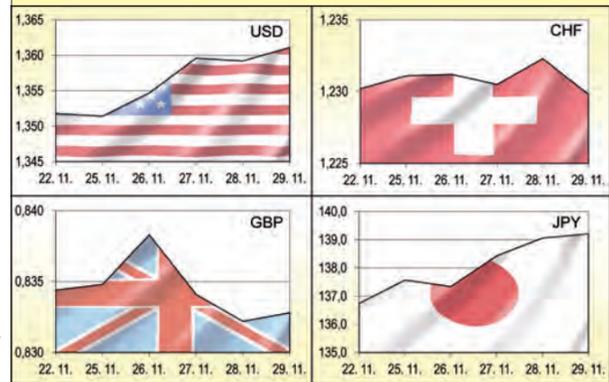
weiterhin optimistisch für US-Aktien. 2014 sollte die Wirtschaft der Vereinigten Staaten deutlich schneller wachsen als heuer und damit auch die Unternehmensgewinne ansteigen lassen, so die Eidgenossen. Bei den Blue Chips empfiehlt das Institut aktuell folglich die Aktien von Coca Cola, General Electric und Microsoft.
Österreich-CIO **Christian Nemeth**: „Die aktuelle Bewertung sehen wir zwar nicht mehr als billig, aber immer noch im fairen Bereich. Das kurzfristige Korrekturrisiko ist nach dem guten Aktienjahr 2013 angestiegen, allfällige Kursrückgänge sehen wir jedoch nur kurzfristig. Auf 12-Monats-Sicht

gehen wir von einer positiven Entwicklung der US-Börsen aus. Die Entscheidungen der US-Notenbank Fed werden natürlich weiterhin einen wichtigen Einfluss (...) haben.“
MINT statt BRIC?
Der ehemalige Chefvolkswirt von Goldman Sachs, **Jim O'Neil**, lenkte vor rund zehn Jahren mit seiner Studie „Dreaming with the BRICs“ den Fokus auf die ganz großen Emerging Markets. In der Zwischenzeit floss viel Geld nach Brasilien, Russland, Indien, China und Co. und Anleger weltweit verdienten sich eine goldene Nase. Nun lässt er wieder aufhorchen und meint:

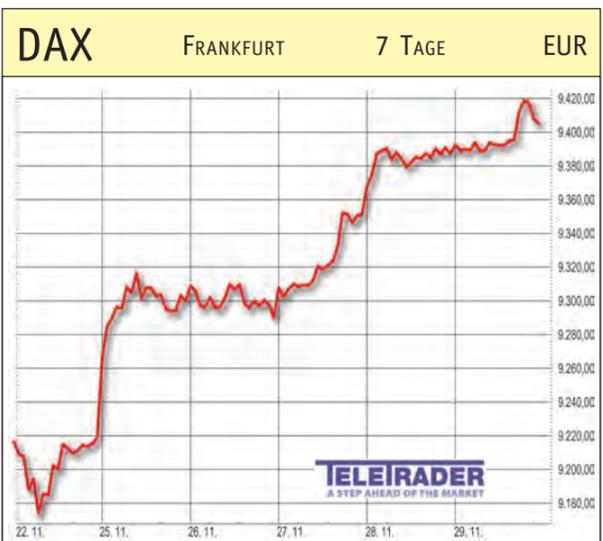
aus BRIC wird MINT (was für die Länder Mexiko, Indonesien, Nigeria und die Türkei stehen soll). Doch Experten halten nicht sehr viel von dieser „zu engen und zu riskanten Auswahl“. Mit Ausnahme vom prosperierenden Mexiko kämpfen aktuell alle Staaten mit Außenhandelsdefiziten oder politischen Unsicherhei-

ten - oder am Beispiel von Nigeria mit der Abhängigkeit vom Öl. Zusätzlich sind die Aktienmärkte der genannten Staaten in den vergangenen Jahren weit nach oben gelaufen. Die Luft wird also dünner. Beobachter meinen, dass es sich demnach bei „MINT“ auch nur um einen Marketing-Gag handeln kann.

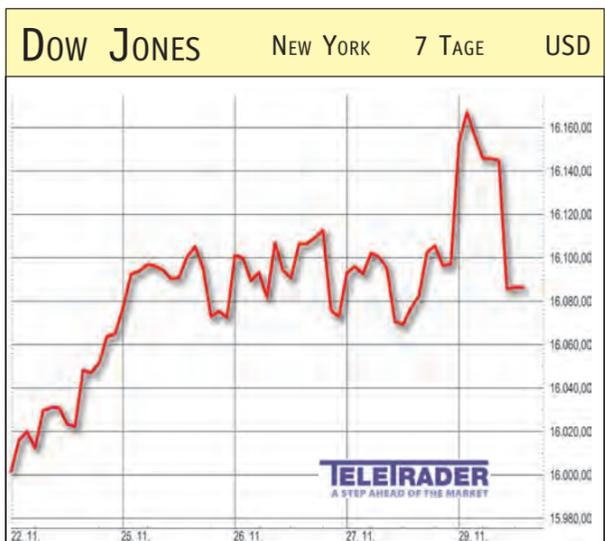
DER EURO IM WOCHENVERGLEICH



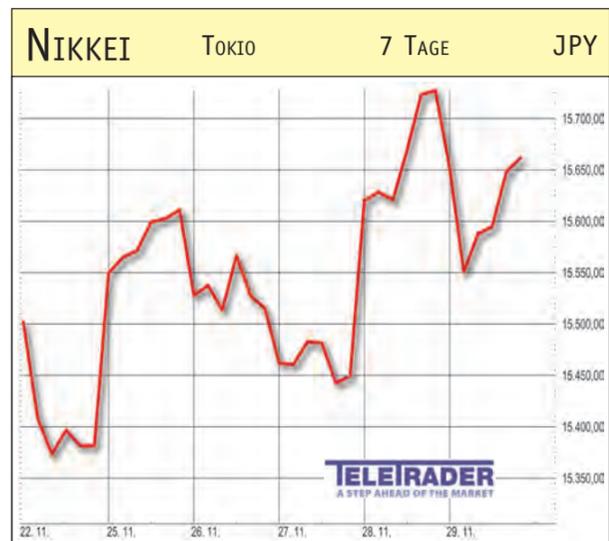
JETZT NEU Auf Palladium & Platin
DIE ALTERNATIVE FÜR DIE NÄCHSTE EISZEIT: **INLINE-OPTIONSSCHEINE**
SOCIETE GENERALE Corporate & Investment Banking
www.sg-inliner.at



Der DAX eilt von Rekordhoch zu Rekordhoch, vergangene fiel die Marke von 9.400 Punkten.
Gute Wirtschaftsdaten aus Europa - die Wirtschaftsstimmung stieg im November auf den höchsten Stand seit zwei Jahren - und der Beginn des umsatzstarken Weihnachtsgeschäftes in den USA, was das Investorenherz mehr. Kein Wunder, dass der DAX seine Rallye weiter unvermindert fortgesetzt hat. Zu Wochenbeginn hielten sich Gewinnmitnahmen und „frisches Kapital“ die Waage, der DAX schloss nahezu unverändert. *ip*



Der Dow Jones ist in eine Seitwärtsbewegung übergegangen, die Investoren warten ab.
Die „Trägheit“ der vergangenen Woche ist leicht erklärt: Das Familienfest „Thanksgiving“ am Donnerstag und der „Black Friday“ - da hatten die Marktteilnehmer gelinde gesagt „andere Dinge im Kopf“ als die Wall Street. Die abwartende Haltung zu Wochenbeginn ist mit der anstehenden Veröffentlichung wichtiger Konjunkturdaten wie beispielsweise die des Beige Books seitens der FED am Mittwoch und des Arbeitsmarktberichtes am Freitag zu erklären. *ip*



Der Nikkei hat allein im abgelaufenen November ein Plus von mehr als 9 % erzielt.
Angesichts der, diese Woche zur Veröffentlichung gelangenden US-Konjunkturdaten, hat auch die japanische Börse zu Wochenbeginn „ein Püschchen eingelegt“. Der Nikkei schloss mit 15.655,07 nahezu auf dem Niveau des Freitags. Dennoch gab es auch positive Ausreißer nach oben. So stiegen die Aktien des Automobilkonzerns Mazda nachdem die Credit Suisse das Rating von neutral auf outperform angehoben hatte. *ip*

Erfolg für Börsen-Kurier-Story: Regional Funding-Plattform Waldviertel hat prominente internationale Unterstützer bekommen

Regionales Direktbeteiligungsmodell beeindruckt international

Unter dem Titel „Crowd Funding ist gut, Regional Funding ist besser“ berichtete der Börsen-Kurier von der innovativen Initiative www.regionalfunding.at im Waldviertel (NÖ). Inzwischen zeigten sich auch prominente internationale Finanzexperten vor Ort beeindruckt von dem Projekt.

Die Initiative und Plattform www.regionalfunding.at ist eine Kombination aus „Schwarzem Brett“, einer für KMU und Kleinanleger optimierten Beteiligungsfinanzierung, sowie einer gesetzeskonformen, standardisierten und damit kostengünstigen Vorbereitung, Durchführung und Nachbetreuung der Emission. Die Beteiligung erfolgt in Form von standardisierten Genussrechten und bietet daher auch und gerade für Kleinanleger eine Möglichkeit, sich direkt an einem KMU zu beteiligen. Die Genussrechte werden über die Internet-Plattform öffentlich zur Zeichnung angeboten.

Initiiert und erarbeitet haben diesen innovativen Weg, regionale KMU mit (regionalen aber gerne auch überregionalen) Kapitalgebern - insbesondere Kleinanlegern - zusammenzubringen, der Wirtschaftstreuhand **Werner Groß** und der Unternehmensberater **Wolfgang Pröglhöf**, beide aus Gars am Kamp im Niederösterreichischen Waldviertel - beide mit langjähriger Erfahrung in KMU-Betreuung und Kapitalmarktfragen. Und sie setzen das „Regional Funding“ zusammen mit dem Verein Wirtschaftsforum Waldviertel und dem Verein Interkomm Waldviertel um. Auch mit Unterstützung durch die Wirtschaftskammer, das Land NÖ und im Einvernehmen mit den Waldviertler Banken, wie der **Börsen-Kurier** bereits berichtete.

Wichtige Finanzierungsalternative

Inzwischen können sich die Beteiligten schon über zwei prominente Unterstützer aus der internationalen Finanzwelt freuen, die sich vor Ort ein Bild von der Finanzierungsinitiative machten. Zum einen der bekannte Deutsche Börsenhändler, Finanzbuchautor und TV-Börsenkommentator „Mr. DAX“ **Dirk Müller**. Bei seinem Besuch im Waldviertel meinte er: „Ich sehe in regionalen Crowdfunding-Modellen eine wichtige Alternative für die Finanzierung von Unternehmen und Projekten und unterstütze daher die Idee der Regional Funding-Waldviertel GmbH.“

Prominenter Beeindruckter Nummer 2 ist der österreichische Europaabgeordnete **Othmar Karas**, Vizepräsident des Europäischen Parlaments und international anerkannter Experte zu den Themen Unternehmensfinanzierung und Kapital- und Finanzmarktpolitik der EU. Insgesamt sei die Finanzmarktregulierung, die seit Beginn der Krise in Europa auf den Weg gebracht worden sei, ein „überfälliger und richtiger Schritt“, betonte er. „All diese Maßnahmen sind als Einzelmaßnahmen sinnvoll. Gleichzeitig müssen wir darauf achten, dass die kombinierten Effekte der einzelnen Regelungen nicht dazu führen, dass wir unsere eigenen Ziele gefährden.“

Nicht zuletzt Kredite für die Realwirtschaft, für kleine und mittelständische Unternehmen, dürften unter dem Strich

nicht erschwert werden, so Karas.

Die Besonderheiten

„Das Genussrechtsmodell von [regionalfunding.at](http://www.regionalfunding.at) und die zugehörigen organisatorischen Abläufe sind standardisiert - daher sind die Transaktionskosten trotz hohem Komplexitätsgrad günstig - und bilanz- und steueroptimiert. Konstruktion und Abwicklung sind mit der Finanzmarktaufsicht und dem Finanzamt abgestimmt“, betont der Co-Initiator und Geschäftsführer der Regional Funding-Waldviertel GmbH Pröglhöf gegen-

über dem **Börsen-Kurier**. Die Genussrechte sind so gestaltet, dass auf Grund

- hoher Mindestlaufzeit (Laufzeit unbegrenzt, frühestens nach 10 Jahren, danach alle 5 Jahre kündbar),
- voller Beteiligung am laufenden Unternehmenserfolg - ohne Nachschusspflicht im Verlustfall,
- voller Beteiligung am Unternehmenswert einschließlich stiller Reserven - jedoch mit Deckelung,
- der Einlobung in Form eines öffentlichen Angebots (public offering),
- der Verbriefung und Aus-

stattung mit einer Wertpapiernummer (ISIN), nach derzeitiger Rechtslage bzw. Auslegung folgendes gilt:

- dass handelsrechtlich die Merkmale von Eigenkapital erfüllt werden,
- Förderrichtlinien entsprechen wird und somit geförderte Zusatzfinanzierungen möglich sind,
- Gewinnanteilsausschüttungen beim Emittenten steuerrechtlich abzugsfähig sind (wie Kreditzinsen),
- auf Anlegerseite als KEST (25 %) versteuert und vom Emittenten an das Finanzamt abgeführt werden,

• die Genussrechte als Wertpapier einfach übertragbar sind,

- und zu einem späteren Zeitpunkt zum Handel an einer Börse angemeldet werden können.

Von LED und FMA

Ein Projekt ist, so Pröglhöf, bereits in Ankündigung und steht kurz vor Emissionsbeginn: Das LED T-Shirt „Just me“. Bei diesem Produkt handelt es sich um Textilien mit integrierten Leuchtdioden mittels derer erstmals eine flexible LED-Lauftextanzeige nahtlos in Bekleidungsstücke inte-

griert wurde. Über Bluetooth sind diese Leuchtdioden mit einem Smartphone vernetzt und über eine entsprechende App können beliebige Texte oder Grafiken der Anzeige übermittelt werden. Ein Großteil der Wertschöpfung aus diesem Produkt aus Gmünd fällt im Waldviertel an.

Was den Initiatoren von www.regionalfunding.at außerdem wichtig zu betonen ist: „Unsere Plattform ist die einzige, die unter die Zuständigkeit der FMA fällt und die ihr Geschäftsmodell mit der FMA abgestimmt hat.“

Manfred Kainz



Vier Mal Gold!

Auch beim diesjährigen **Österreichischen Dachfonds Award** des GELD-Magazins gingen die Spitzenplätze an die angeführten Dachfonds der Allianz Invest KAG mbH.

Allianz Invest Defensiv:

- 1. Platz 3 Jahre, Kategorie: **Anleihen-Dachfonds** konservativ
- 1. Platz 5 Jahre, Kategorie: **Anleihen-Dachfonds** konservativ
- 1. Platz 3 Jahre, Kategorie: **§ 14-Dachfonds**
- 1. Platz 5 Jahre, Kategorie: **§ 14-Dachfonds**
- 2. Platz 1 Jahr, Kategorie: **Anleihen-Dachfonds** konservativ

Allianz Invest Konservativ:

- 2. Platz 1 Jahr, Kategorie: **Gemischte Dachfonds** anleihenorientiert-konservativ
- 2. Platz 3 Jahre, Kategorie: **Gemischte Dachfonds** anleihenorientiert-konservativ
- 2. Platz 3 Jahre, Kategorie: **§ 14-Dachfonds**
- 3. Platz 5 Jahre, Kategorie: **§ 14-Dachfonds**

Allianz Invest Klassisch:

- 2. Platz 1 Jahr, Kategorie: **§ 14-Dachfonds**
- 3. Platz 1 Jahr, Kategorie: **Gemischte Dachfonds** ausgewogen - konservativ

Nutzen Sie die Möglichkeit, mit den ausgezeichneten Fonds der Allianz Invest KAG mbH Steuern zu sparen.

Das KMU-Förderungsgesetz begünstigt Fondsveranlagungen von natürlichen Personen, die betriebliche Einkunftsarten erzielen. Erfahren Sie mehr unter www.allianzinvest.at



Hoffentlich Allianz.

Allianz

Die vorliegende Marketingmitteilung stellt keine Anlageanalyse, Anlageberatung oder Anlageempfehlung dar. Insbesondere ist sie kein Angebot und keine Aufforderung zum Kauf oder Verkauf von Investmentfondsanteilen. Die Wertentwicklung der Vergangenheit lässt keine verlässlichen Rückschlüsse auf die zukünftige Entwicklung eines Fonds zu. Ein Ranking, Rating oder eine Auszeichnung ist kein Indikator für die künftige Entwicklung und unterliegt Veränderungen im Laufe der Zeit. Die steuerliche Behandlung hängt von den persönlichen Verhältnissen des jeweiligen Kunden ab und kann künftigen Änderungen unterworfen sein. Der Ausgabeaufschlag zur Abgeltung der Ausgabekosten des Allianz Invest Defensiv beträgt bis zu 3,00 % des Wertes eines Anteiles. Die Verwaltungsgebühr beträgt zzt. 0,15 % (max 0,45 %) des Fondsvermögens jährlich. Ab 29.11.2013 beträgt die Verwaltungsgebühr 0,20 % (max. 1,00 %) des Fondsvermögens jährlich. Die laufenden Kosten betragen per November 2013 0,68 % des Fondsvermögens und sind Änderungen unterworfen. Der Ausgabeaufschlag zur Abgeltung der Ausgabekosten des Allianz Invest Konservativ beträgt bis zu 3,00 % des Wertes eines Anteiles. Die Verwaltungsgebühr beträgt zzt. 0,32 % (max 0,45 %) des Fondsvermögens jährlich. Ab 29.11.2013 beträgt die Verwaltungsgebühr 0,37 % (max. 1,00 %) des Fondsvermögens jährlich. Die laufenden Kosten betragen per November 2013 0,99 % des Fondsvermögens und sind Änderungen unterworfen. Der Ausgabeaufschlag zur Abgeltung der Ausgabekosten des Allianz Invest Klassisch beträgt bis zu 3,50 % des Wertes eines Anteiles. Die Verwaltungsgebühr beträgt zzt. 0,37 % (max 0,45 %) des Fondsvermögens jährlich. Ab 29.11.2013 beträgt die Verwaltungsgebühr 0,45 % (max. 0,45 %) des Fondsvermögens jährlich. Die laufenden Kosten betragen per November 2013 1,05 % des Fondsvermögens und sind Änderungen unterworfen. Alle genannten Fonds können gemäß den von der Finanzmarktaufsicht genehmigten Fondsbestimmungen mehr als 35 vH des Fondsvermögens in Wertpapiere und/oder Geldmarktinstrumente von öffentlichen Emittenten anlegen. Eine Auflistung dieser Emittenten findet sich im Prospekt, Abschnitt II, Punkt 14. Der Prospekt einschließlich der Fondsbestimmungen sowie die Wesentlichen Anlegerinformationen (Kundeninformationsdokument) des in dieser Unterlage beschriebenen Investmentfonds sind jederzeit kostenlos bei der Allianz Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Hietzinger Kai 101-105, 1130 Wien, sowie im Internet unter www.allianzinvest.at in deutscher Sprache erhältlich. Stand: November 2013



Foto: Süßel

FOKUS DEUTSCHLAND



CHRISTIANE SÜßEL, MA, WIRTSCHAFTSJOURNALISTIN, FRANKFURT

Exportverbot für Deutschland?

Die deutschen Exportfirmen machen gute Geschäfte im Ausland. 2013 wird die Bundesrepublik laut Prognosen zum dritten Mal in Folge einen Exportüberschuss einfahren, der 6 % des BIP überschreitet. Dieser Überschuss gehe zu Lasten anderer, so die Befürchtungen. Die Europäische Kommission hat daher nun ein Verfahren eingeleitet, das klären soll, ob die deutschen Überschüsse das ordnungsgemäße Funktionieren der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion gefährden. Fakt ist: Die EU-Krisenstaaten arbeiten hart daran, ihre Importe zu reduzieren und so Defizite in den Handelsbilanzen abzubauen. Unterdessen feiere Deutschland einen Erfolg nach dem nächsten, so die Vorwürfe.

Die Kritik seitens der EU steht laut Clemens Fuest, Prä-

sident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), jedoch auf schwachen Füßen. Zwar sei der Überschuss von 195 Mrd€ im Vorkrisenjahr 2007 auf 188 Mrd€ in 2012 nur wenig gesunken, aber die deutsche Exportwirtschaft habe sich umstrukturiert: Der Anteil der deutschen Exporte in die EU-Staaten ist von 65 % in 2007 auf 57 % im vergangenen Jahr gesunken. „Die deutsche Wirtschaft hat also durchaus Überschüsse im innereuropäischen Handel abgebaut“, so Clemens Fuest. Zudem profitieren die EU-Nachbarn laut einer Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) von der hiesigen Exportstärke. Ein Plus von 10 % bei den deutschen Ausfuhren schlägt sich bei den Bestellungen von Vorleistungsgütern der EU-Partner mit einem Plus von

9 % positiv nieder.

Das IW argumentiert zudem, dass Volkswirtschaften mit einem relativ hohen Industrieanteil - er liegt in Deutschland bei 24 % des BIP - dafür prädestiniert sind, Leistungsbilanzüberschüsse zu produzieren. Lassen sich Dienstleistungen unter Umständen nur schwer exportieren, so treffen die Angebotspalette der deutschen Wirtschaft - also teure Maschinen und Anlagen - verstärkt bei Schwellenländern auf eine rege Nachfrage. Wenn dann die im Außenhandel erzielten Überschüsse - wie im Fall Deutschlands - nicht vollständig ausgegeben werden, sondern als Kredit in Defizitländer wandern, dann folgen dem Exportüberschuss auch Leistungsbilanzüberschüsse. Doch ZEW-Chef Fuest: „Für eine Volkswirtschaft mit alternder Bevöl-

kerung ist es sinnvoll, Staatsverschuldung abzubauen und Kapital im Ausland anzulegen.“

Doch was sind die Auswege? Ein Exportverbot für Deutschland? „Oft wird die Lohnzurückhaltung der letzten Jahre als verkappte Exportsubventionierung kritisiert“, räumt der ZEW-Chef ein. Steigende Löhne führen in der Regel zu mehr Binnennachfrage. Tatsächlich wird der private Konsum im kommenden Jahr, wie von den Wirtschaftsweisen prognostiziert, um 1,4 % steigen. Dann werden auch die deutschen Exportüberschüsse nachgeben.

Deutschland sollte sich dennoch dem EU-Verfahren stellen, sind die Experten überzeugt, und nicht wie beim Defizit-Kriterium auf Ausnahmen drängen. Ein Exportverbot wird die EU kaum verhängen können.



Foto: Bair

AMERICA INSIDE



ASATAR BAIR, PHD, WIRTSCHAFTSPROFESSOR, TUCSON/ARIZONA

Das (potenzielle) BIP der USA

Im Oktober schuf die US-Wirtschaft 204.000 neue Arbeitsplätze, wie das Bureau of Labor Statistics (BLS) mitteilte. Das ist genug um mit dem schwachen Wirtschaftswachstum mitzuhalten, aber zu wenig, um die Arbeitslosigkeit, die immer noch bei 7,3 % liegt, zu verringern. Eine Überraschung im BLS-Bericht ist, dass die Teilnahme am Arbeitsmarkt mit 62,8 % so niedrig ist wie nie zuvor.

Vor kurzem erschien eine Publikation von David Wilcox, William Wascher und David Reifschneider, drei Ökonomen der Fed. Darin stellen sie fest, dass die Wirtschaft durch die Rezession geschädigt wurde und sich jetzt auf einem niedrigeren Wachstumsniveau befindet. Der Grund dafür hat mit der niedrigen Beteili-

gung am Arbeitsmarkt zu tun: durch die Rezession kam es zu einer geringeren Konsumennachfrage und gleichzeitig zu einer geringeren Nachfrage nach Arbeitskräften. Die Arbeitssuchenden passten sich daran an und verließen den Arbeitsmarkt - einige durch frühere Pensionierung, andere, indem sie wieder eine Ausbildung aufnahmen. Wieder andere landeten in der informellen Wirtschaft - sie arbeiten im Pfusch oder sind gar in illegale Geschäfte verwickelt. All das führte zu Kürzungen bei Investitionen und geringeren Einstellungsraten, was den langsamen Wachstumszyklus fortsetzte.

Was für Effekte hat dies nun? Wilcox und seine Mitautoren kommen zu dem Schluss, dass das langsamere Wirt-

schaftswachstum zu einem BIP geführt hat, das um 7 % geringer ist als eines, das unter den Voraussetzungen vor der Rezession erwirtschaftet worden wäre; in Zahlen ist das ein BIP-Verlust von 1,2 BioUSD.

Natürlich nennt die Publikation keinen Schuldigen für dieses Desaster, denn das ist die Fed selbst. Als das globale Finanzsystem am Rande des Kollaps stand, trat sie in Aktion und pumpte Milliarden und Abermilliarden in das „schwarze Loch“ des Mindestreserve-Bankensystems.

War ihr Ziel die Inflationsbekämpfung, wie sie es als Hauptpriorität bezeichnet? Unsinn. War ihr Ziel die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung? Absurd, denn die Fed hat auf beide Faktoren keinen Einfluss.

Nein, das Ziel war einfach die Rettung einiger überschuldeter Finanzgiganten. Wir müssen zugeben, dass die Fed damit Erfolg hatte - aber zu welchem Preis?

Durch ihr Gelddrucken hat die Fed absolute finanzielle Konfusion geschaffen, indem sie Unternehmen und Wirtschaftssektoren gestützt hat, die eigentlich scheitern hätten sollen. So hat sie die Wechselwirkung von Angebot und Nachfrage vollkommen verzerrt. Genau aus diesem Grund bleibt die Arbeitslosigkeit weiter hoch und die Wirtschaft wächst langsam.

Und so hinkt die Wirtschaft dahin, obwohl sie laufen könnte. Die Probleme, denen sie ausgesetzt ist, werden nicht kleiner, sondern mit jedem Tag größer.



Foto: Schneider

BLICK NACH OSTEN

DR. ULRICH SCHNEIDER, FREIER JOURNALIST, BUDAPEST

GUS-Banken: Hohe Konzentration der Kredite

Das gesamte bisherige Jahr 2013 über waren Russland bzw. die GUS-Länder sowie ihre Banken ein Thema für die Ratingagentur Moody's. Mitte November veröffentlichte Moody's nunmehr eine Untersuchung über die GUS-Banken. Diese ließen in der Veröffentlichung eine hohe Konzentration der Kredite erkennen. Es wurden 119 geratete Banken in Russland, Armenien und Aserbaidschan, in Belarus, Kasachstan, der Ukraine und in Usbekistan untersucht, die 60 bis 80 % der Assets des Bankensystems in den jeweiligen Ländern repräsentierten.

Die Untersuchung in Russland und anderen Mitgliedern der GUS zeigt, dass die Abhängigkeit der Banken von einzelnen Kunden und Unternehmen global weiterhin zu den

höchsten gehört.

Die von Moody's bewerteten Institute weisen eine Verbesserung bei den durchschnittlichen Einlagen auf. Die Verteilung hat sich 2012 im Vergleich zu 2011 entspannt, was auf den Zufluss von Kundeneinlagen zurückzuführen ist - wenn auch mit unterschiedlichen Trends in den einzelnen Ländern. Die 20 Top-Kontoinhaber verfügten Ende 2012 durchschnittlich über 29 % der Kundenkonten (2011: 37 %). Gleichwohl bleiben die Banken immer noch einem hohen Liquiditätsrisiko ausgesetzt in Anbetracht der potenziellen Volatilität bei Kundeneinlagen in einem ungünstigen wirtschaftlichen Umfeld.

Zugleich bleibt die Konzentration der Kredite anhaltend hoch, was sich 2014 kaum än-

dern dürfte. Die durchschnittliche Abhängigkeit der GUS-Banken von ihren 20 größten Schuldern beläuft sich per Ende 2012 auf 231 % ihres Kapitals bzw. auf 44 % der Brutto-Kreditsumme, weitgehend unverändert gegenüber den Niveaus in 2011 und 2010. Banken in Kasachstan und der Ukraine sind ihren größten Schuldern am stärksten ausgesetzt, gefolgt von Banken in Russland und Aserbaidschan.

Die Ausgesetztheit gegenüber Krediten an Unternehmen verbesserte sich im Durchschnitt nur leicht auf 36 % des Eigenkapitals Ende 2012, gegenüber 38 % in 2011. Die Banken in Belarus und der Ukraine weisen diesbezüglich einen steigenden Trend aus, wobei noch dazu kommt, dass sie auf dem höchsten Niveau unter

den GUS-Banken liegen. Es sind zumeist Kredite an Gesellschaften mit geringer Corporate Governance, was vom unterentwickelten Risikomanagement bei vielen der Banken zeugt.

Diese Kredit- und Liquiditätsrisiken sind entscheidend für die niedrige Bewertung der Banken in Russland und der GUS-Region, in der Mehrheit auf alleinoperierender Basis in der Rating-Kategorie B. Die Konzentration der Kredite schließt Abwärtsrisiken in der Assetqualität ein, vor allem bei dem sich verschlechternden wirtschaftlichen Umfeld in der Region. Von der Liquidität her bleibt das Vertrauen der Kontoinhaber in die Banken gering, weshalb diese durch mögliche plötzliche Abhebungen hoher Einlagen gefährdet sind.

E.ON DE000ENAG999

Verkauf. Bisher unbestätigten Berichten zufolge plant der deutsche Stromversorger den Verkauf der E.ON Italia. Ein E.ON-Sprecher erklärte lediglich, dass das Unternehmen ständig strategische Optionen für sein Portfolio, einschließlich des Geschäftes in Italien, prüfe. Der mögliche Verkaufspreis wird von Experten auf mehr als 2 Mrd€ geschätzt.

Analystenstimmen. Nach wie vor mit hold stuft die Deutsche Bank die Aktie ein. Das Kursziel wird bei 12 € gesehen.

EADS NL0000235190

Proteste. Der niederländische Luft- und Raumfahrtkonzern hat sich vergangene Woche mit Protesten seiner Belegschaft gegen die Pläne eines massiven Stellenabbaus konfrontiert gesehen. An vielen Standorten rief die deutsche Gewerkschaft IG Metall zu Kundgebungen auf.

Analystenstimmen. Weiterhin mit buy stuft Jefferies die Aktie von EADS ein. Das Kursziel wurde aber von 45 auf 70 € angehoben. Laut den Analysten wird das neue Kursziel „fundamental“ gut unterstützt.

EVOTEC DE0005664809

Stimmrechtsänderung. Die US-Investmentbank Morgan Stanley Capital Management LLC hat ihren Stimmrechtsanteil an dem deutschen Biotechunternehmen auf 4,96 % reduziert.

Analystenstimmen. Die Investmentbank Close Brothers Seydler hat sowohl das Rating buy wie auch das Kursziel von 4,5 € bestätigt.

FRAPORT DE0005773303

Weniger Investitionen. Der deutsche Flughafenbetreiber hat in den ersten neun Monaten nach Aussage von Finanzvorstand Matthias Zieschang 290 Mio€ (Vorjahr 430 Mio€) an Investitionen getätigt. Mit diesem Schritt hat Fraport auf die geänderte Situation im Flughafengeschäft reagiert. So rechnet das Unternehmen lediglich mit einem Passagierzuwachs von 2 %.

Analystenstimmen. Nach wie vor mit buy stuft die Commerzbank die Aktie von Fraport ein. Das Kursziel wird bei 63 € gesehen. Equinet hat das Rating accumulate und das Kursziel von 61 € bestätigt.

RWE DE0007037129

Sparmaßnahmen. Nachdem erst im November ein Kostensenkungsprogramm durch

den Abbau von weiteren 6.750 Mitarbeitern angekündigt wurde, hat der deutsche Energiekonzern vergangene Woche nun angekündigt, dass für leitende und außertarifliche Mitarbeiter für 2014 eine Nulllohnrunde angestrebt wird. Betroffen hiervon wären europaweit mehr als 16.000 Mitarbeiter. Durch die Maßnahme will der Konzern einen zweistelligen Millionenbetrag sparen.

Analystenstimmen. Weiterhin sell lautet das Rating seitens der UBS, auch aufgrund der neuen Eckdaten der Energiepolitik im Koalitionsvertrag. Kepler Chevreux vergibt das Rating reduce für RWE und sieht das Kursziel bei 12 €. Nach wie vor mit neutral bewertet JP Morgan die Aktie.

THYSSENKRUPP DE0007500001

Ausblick. Nach einem Verlust von 1,5 Mrd€ im abgelaufenen Geschäftsjahr 2013/14 erwartet der CEO des deutschen Industriekonzerns, Guido Kerkhoff, für 2013/2014 ein ausgeglichenes Ergebnis. Als Grund für den neuerlichen Verlust nannte Kerkhoff vor allem Fehlinvestitionen in Stahlwerke in Übersee. Aus diesem Grund wurde ein Werk in den USA um 1,95 MrdUSD bereits verkauft.

Kapitalerhöhung. Um das Eigenkapital zu erhöhen, plant ThyssenKrupp die Ausgabe von neuen Aktien von bis zu 10 % des bisherigen Eigenkapitals, somit rund 51,1 Mio Aktien. Aufgrund des derzeitigen Kursniveaus könnte dem Unternehmen bis zu 1 Mrd€ zufließen.

Analystenstimmen. Trotz Milliardenverlust hat die Commerzbank ihr Rating buy und das Kursziel von 23 € bestätigt. Weitaus pessimistischer, nämlich mit sell stuft die DZ Bank die Aktie ein. Der faire Wert für diese liegt für die DZ Bank bei 14,5 €. Das US-Investmenthaus JP Morgan bewertet die Aktie nach wie vor mit overweight.

VOLKSWAGEN DE0007664039

Festanstellung. Der deutsche Automobilkonzern hat angekündigt, dank guter Auslastung in seinen deutschen Werken rund 1.500 Leiharbeiter nun fix anzustellen. Die Regelung, so VW, „gelte für alle VW-Leiharbeiter, die im Dezember, Januar oder Februar seit drei Jahren durchgehend in den deutschen VW-Werken gearbeitet haben werden“.

Analystenstimmen. Das Analysehaus Kepler Chevreux hat das Rating buy und das Kursziel für die Vorzugsaktien von 215 € bestätigt.

OSTMÄRKTE

OSTEUROPA-INDIZES				
	Index	29. 11.	25. 11.	
Budapest	BUX	18.810	18.602	🟢
Prag	PX	1.032	1.021	🟢
Bukarest	BET	6.335	6.226	🟢
Warschau	WIG	54.705	55.246	🔴
	WIG20	2.585	2.615	🔴
NTX (Wien/EUR)		1.135	1.142	🔴

Spekulatives Investment: United Medical Systems (UMS)

Mobile Medizin-Technologie als Umsatztreiber

Die in Hamburg ansässige United Medical Systems (UMS AG) operiert in der mobilen Medizintechnik und in der High-Tech-Medizin. Mit ihrem Geschäftsmodell setzt UMS auf zukunftsstrahlende Trends im Gesundheitswesen.

UMS stellt selbst keine Medtech-Geräte her, sondern bietet als Dienstleister medizinische Großgeräte diversen Partnern - meist niedergelassenen Fachärzten oder Kliniken - für einen gewissen Zeitraum zur Benutzung an, und zwar als mobile Einheiten mit geschultem Personal samt den zugehörigen Serviceleistungen. Die Outsourcing-Konzepte umfassen hochwertige Medizinsysteme auf Tages- oder Patientenbasis, den Betrieb von Diagnose- und Therapiezentren sowie die Bildung von Betreibergesellschaften.

Im Mittelpunkt stehen dabei moderne nicht-invasive Verfahren wie die Nierensteinzertrümmerung oder die Diagnose von Krebs im Frühstadium mittels Positron-Emissions-Tomographie. Damit können die UMS-Partner ihren Patien-

ten eine hochwertige Therapie zugutekommen lassen, ohne die hohen Kosten für die Geräte allein übernehmen zu müssen - z.B. wird einzelnen Ärzten das Risiko abgenommen, nach der Anschaffung sündteurer Geräte mit der eigenen Praxis Schiffbruch zu erleiden. Durch flexible Verträge fallen bei den Kunden nur Gebühren bei tatsächlicher Nutzung der medizintechnischen Ausrüstung an.

Außerdem können Anwender durch die Mehrfachnutzung der bereitgestellten Technik die Auslastung erhöhen und dadurch die Kosten je Behandlung senken und so vergleichsweise günstige Konditionen anbieten. Dabei gewährleisten gut ausgebildete Spezialisten eine hohe Qualität der Behandlung.

Durch den mobilen Einsatz

wird zudem eine große Reichweite erlangt und eine 5 bis 10 mal höhere Auslastung der Geräte, als dies bei einem stationären Betrieb der Fall wäre.

So profitiert UMS vom hohen Kostendruck im Gesundheitswesen, der Krankenhäuser und Fachärzte zu stärkerer Effizienz zwingt. Erhebliches Wachstumspotential besteht zudem durch die Erweiterung des Produktportfolios, andererseits durch eine fortschreitende Internationalisierung.

In den USA ist UMS über eine Tochter etwa klarer Marktführer in der Gynäkologie. UMS konzentriert sich auf die Fachbereiche Urologie, z.B. mit der Lasertherapie von gutartigen Prostatavergrößerungen, Gynäkologie (Brustkrebsvorsorge) und Radiologie - hier wird auch kräftig expandiert.

Im Geschäftsjahr 2012 konn-

te der Umsatz um 9 % auf 41,9 Mio€ gesteigert werden. Das operative Ergebnis (EBIT) erhöhte sich um 10 % auf 12,8 Mio€ und der Gewinn je Aktie um 21 % auf 57 Cent.

Der Start in das neue Geschäftsjahr fiel allerdings verhalten aus. Beim Umsatz wie in den Behandlungszahlen im Segment der Urologie wie auch im Segment der Gynäkologie zeigte sich eine leicht rückläufige Tendenz. In den übrigen Segmenten, getragen von der Magnetresonanztomographie, konnte das sehr gute Ergebnis des Vorjahres erreicht bzw. leicht übertroffen werden.

Zudem hat die Entwicklung des Wechselkurses des Euro zum US-Dollar die Ertragslage zusätzlich belastet. So erreichte das Ergebnis pro Aktie im 1. Quartal 0,12 nach 0,16 € im Vorjahr.

Für das Geschäftsjahr 2013 erwartet UMS dennoch eine weitere Steigerung von Umsatz und Ergebnis. Konkret geht UMS von einem Umsatz in Höhe von 43 bis 45 Mio€ sowie einem Anstieg des Ergebnisses je Aktie auf 60 bis 65 Cent aus. Ebenso erfreulich: Angesichts der soliden Bilanz ist mit einer weiter steigenden Dividende zu rechnen. Investierte Anleger können die Aktie weiterhin halten. Neueinstieg bei rund 9 €.

Wolfgang Regner



Foto: healthcaremesin.com

Rena Lange

Haute-Couture-Anleihe

Mit einer zu 8 % p.a. verzinsten Anleihe soll das Wachstum des Unternehmens finanziert werden.

Rena Lange bezeichnet sich als einziger deutscher Haute Couturier. Das stimmt insofern, als das operative Unternehmen von München aus agiert. Die steuernde Holding sitzt allerdings in Stegersbach im Burgenland und deren Eigentümer, die Rudigier und Partner Gruppe, in Salzburg. Deren geschäftsführender Gesellschafter **Siegfried Rudigier** hat auch die operative und strategische Geschäftsführung von Rena Lange über.

Wie das Unternehmen betont, soll der Emissionserlös ausschließlich für das weitere Wachstum eingesetzt werden. Dazu zählt zunächst der Ausbau der eigenen Kollektion durch Accessoires. Weiters soll die internationale Präsenz der Marke durch weitere Rena Lange Stores in modeaffinen Metropolen gestärkt werden. Und schließlich steht auch ein Markteintritt in China an.

Überdies will das Unternehmen mit der geplanten Übernahme des Modeunternehmens St. Emile Synergien nutzen und diese Marke gezielt

weiter entwickeln.

Rena Lange ist in diversen Märkten für Luxusgüter tätig und steuert seinen Vertrieb sowohl über den exklusiven Einzel- als auch Großhandel. Die Retourware liegt nach Auskunft des Unternehmens nahe bei null. Mit rund 115 Mitarbeitern wurden in den letzten Jahren rund 25 Mio€ Umsatz p.a. erwirtschaftet.

Das Volumen der Anleihe (ISIN: DE000A1ZAEM0) beträgt bis zu 10 Mio€. Die Zeichnungsfrist soll noch bis 11. Dezember laufen. Rena Lange verfügt über ein Unternehmensrating BB- der Kreditreform Rating AG. Die Laufzeit beträgt 4 Jahre. Der Kupon liegt bei 8 % p.a.. Der Ausgabepreis liegt bei 100 %, die Stückelung beträgt 1.000 €. Aufgrund der vierteljährlichen Zinszahlungstermine ab 12. März 2014 liegt die Effektivrendite vor Steuern bei etwa 8,2 %. Die Einbeziehung der Schuldverschreibungen in den Freiverkehr der Börse Düsseldorf AG ist für den 12. Dezember vorgesehen. tp

Neue Aktienanleihe auf Tesla

Umweltbewusst

Vontobel begibt eine Anleihe auf den edlen Limousinenhersteller Tesla mit einem Kupon von 16,5 %.

Auf der Überholspur befindet sich die elektronische Premium Luxuskarosse von Tesla Motors: Das Model S ging erst letztes Jahr an den Start und mischt seitdem im Oberklassensegment (wie beispielsweise dem Audi A6, 5er BMW und der Mercedes E-Klasse) mit. Nun soll mit dem Modell X auch der boomende Markt der SUVs angegriffen werden. Laut Einschätzung von Vontobel, bleibt es spannend, ob Tesla sein beeindruckendes Wachstum auch in Zukunft fortsetzen kann. Dazu meint **Heiko Geiger**, Executive Director Public Distribution Financial Products, bei Vontobel: „Im Gegensatz zur Smartphone-Manie gilt Tesla wirklich als ein Paradigmenwechsel. Sollte sich das e-Konzept



Foto: Tesla

durchsetzen, hätte dies drastische Veränderungen in der Automobilbranche zur Folge. Die US-Öffentlichkeit ist begeistert von **Elon Musk**, den Chef von Tesla und sieht in ihm einen neuen **Steve Jobs**.“ Deshalb hat man bei Vontobel auch eine neue Aktienanleihe (ISIN: DE000VZ19GZ2) auf Tesla begeben: „Das besondere an dem Produkt ist die tiefe Barriere von 45 - 55 %, gepaart mit einem attraktiven Kupon von 16,5 %“, so Geiger. Ein weiterer Vorteil ist der überschaubare Anlagehorizont von nur einem Jahr: Die Laufzeit der Anleihe erstreckt sich vom 13. 12. 2013 bis 19. 12. 2014.

Neben Tesla hat Musk übrigens noch weitere aufsehenerregende Projekte in der Pipeline: Wie z.B. Hyperloop (das Konzept für ein Hochgeschwindigkeitstransportsystem mit elektrisch getriebenen Transportkapseln und Spitzengeschwindigkeiten von bis zu 1.200 km/h) oder sein Raumfahrtunternehmen SpaceX. hk



flatex.
EINFACH BESSER HANDELN

+ ERWARTEN SIE EINFACH MEHR VON FLATEX.

BESTER ONLINE BROKER

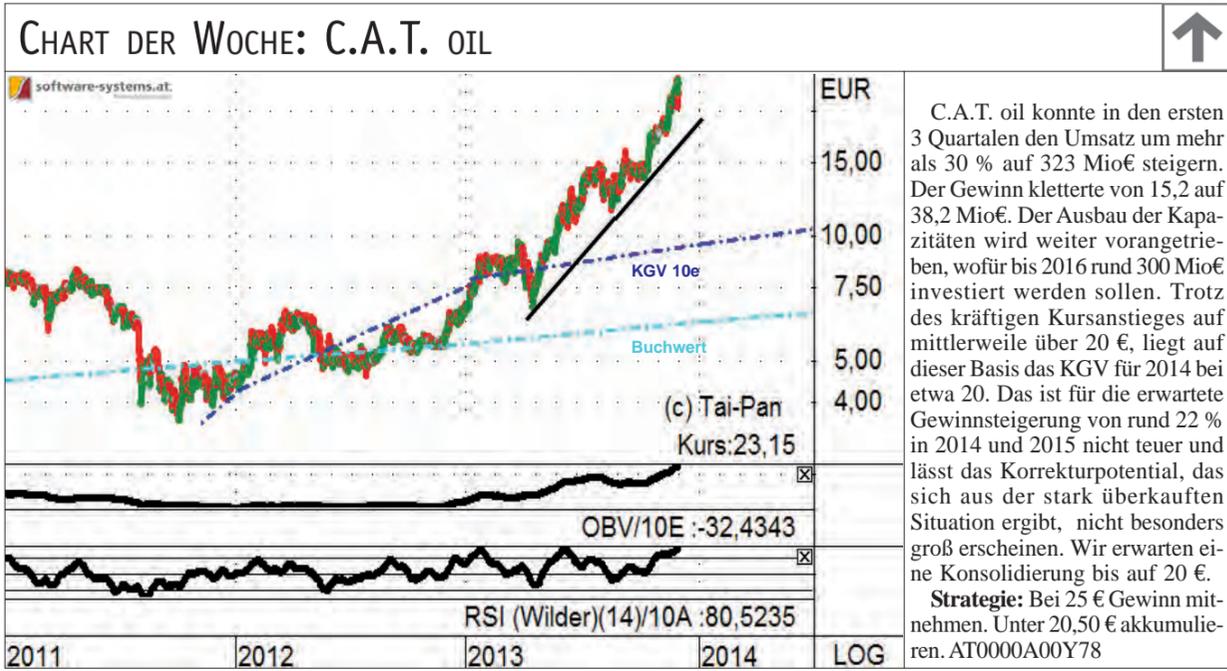
flatex

Handelsblatt

Kategorien: aktive Kleinanleger, konservativ-vermögende Anleger
Im Test: 16 Anbieter
handelsblatt.com · 15.08.2013



www.flatex.at



RENDEZVOUS MIT HARRY
DIE SENDUNG FÜR TRADER. JEDEN MONTAG LIVE UM 19 UHR IM INTERNET.
WWW.RENDEZVOUSMITHARRY.DE



Disclaimer: Die hier genannten Strategien stellen keine Kauf- oder Verkaufsempfehlungen dar. Die Charttechnik versucht aus immer wiederkehrenden Chartmustern und Formationen Strategien für die Zukunft abzuleiten. Deren Interpretation sowie Kauf- bzw. Verkaufsentscheidungen sind vom jeweiligen Risikoprofil abhängig und liegen im Verantwortungsbereich des Anlegers.

IMPRESSUM

Börsen-Kurier

Herausgeber und Verleger:
FinanzMedienVerlag Ges.m.b.H.
1180 Wien, Gertengasse 43

Geschäftsführer:
Marius Perger, Klaus Schweinegger

Redaktionsadresse:
1020 Wien, Lessinggasse 21

Medieninhaber:
Mag. Florian Laszlo

Aboservice-Telefon:
01/997 10 90

Redaktionstelefon:
01/213 22 *811

Fax:
01/213 22 *800

Internet:
www.boersen-kurier.at

eMail:
redaktion@boersen-kurier.at

Chefredakteur: Marius Perger (mp)

Vertriebs- und Anzeigenleiter: Klaus Schweinegger (ks)

Redaktion:
Irene Privoznik Redaktions-Service KG,
(2353 Guntramsdorf, Anningerstraße 36):
Mag. Patrick Baldia (pb), Florian Beckermann (fb),
Dr. Helmut Berg (hb), Rudolf Erdner (re), Mario Franzin (CharReading), Mag. Manfred Kainz (mk), Mag. Harald Kolerus (hk), Michael Kordovsky (mik), Mag. Tibor Pásztor (tp), Cornelius M. Pirch (cmp), Irene Privoznik (ip), Wolfgang Regner (wr), Mag. Manfred Sadjak (ms), Dr. Ulrich Schneider (us), Lea Schweinegger (ls), Mag. Rainer Sommer (rs), Ernst A. Swietly (es), Angela Tezkan (at), Walter Wien (ww).

Korrespondenten:
Dr. Ulrich Schneider
Norbert W. Paulsen,
Christian Scheid,
Christiane Süßel
Sonia Laszlo
Asatar Bair

Los Angeles
New York
Zürich

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Managererwartungen sind bezahlte Einschaltungen. Der Börsen-Kurier gibt keine Tipps. Alle zitierten Tipps sind die Fachmeinung verschiedener Experten. Sie können einander auch widersprechen. Bitte bilden Sie sich Ihre eigene Meinung.

Druck: Herold Druck
1030 Wien, Faradaygasse 6
Morawa Pressevertrieb

Vertrieb: **Geschäftsbedingungen**
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Haftung übernommen. Die Erlaubnis zum Abdruck eines Bildes oder Textes im Börsen-Kurier muss immer zusätzlich zu den zeitlich begrenzten ausschließlichen Werknutzungsrechten laut § 15 bis 18 in Verbindung mit § 24 UrhG die zeitlich unbegrenzte, nicht ausschließliche Genehmigung (Werknutzungsbeurteilung) enthalten, die betreffenden Inhalte in beliebiger Form und beliebigen Medien zu vervielfältigen, insbesondere auch zu speichern, zu verbreiten, öffentlich wiederzugeben und zu senden. Ein Nichtverständnis mit dieser Bedingung muss ausdrücklich und rechtzeitig erklärt werden und schließt das betreffende Werk vom Abdruck in jedem Fall bedingungslos aus. Einreicher von Texten und Bildern haften dafür, dass mit der Genehmigung zur Veröffentlichung, der Veröffentlichung und der Annahme dieser Geschäftsbedingungen keine fremden Rechte verletzt werden, und erklären sich bereit, im Falle einer behaupteten Verletzung den Börsen-Kurier und seine Mitarbeiter schad- und klaglos zu halten. Die Redaktion ist berechtigt, Texte und Leserbriefe zu kürzen oder nicht zu veröffentlichen und von Bildern Ausschnitte zu veröffentlichen. Abonnements müssen spätestens vier Wochen vor Ablauf des Abonnements gekündigt werden. Eine Refundierung bezahlter Abonnement-Gebühren ist ausgeschlossen.

Druckauflage 15.000

Verbreitete Auflage 11.500
Leser 50.000
davon Entscheidungsträger 20.000

Offizielles Organ des:

IVA - Interessenverband für Anleger
Zentralverband Österreichischer Aktiengesellschaften und GmbH

Mitgliedschaften:
Mitglied des Verbands Österreichischer Zeitungen
Außerordentliches Mitglied der Vereinigung ausländischer Investmentgesellschaften in Österreich